



GERHARD RODE »Die Zukunft der Renten ist gesichert« – kein politisch Verantwortlicher wurde bisher müde, diese Aussage des früheren Arbeits- und Sozialministers Norbert Blüm durch verbale Schönfärberei zu untermauern. Erst in seinem letzten Rentenbericht rückt nun Vizekanzler Müntefering endlich mit der Wahrheit heraus und bricht erstmals mit dem Mythos der staatlich gesicherten Altersvorsorge.

Finanzkosmetik als Rentenbluff

Der schmerzhafteste Abschied

von der langen Illusion einer staatlich gesicherten Rente

»Es ist klar, dass von der gesetzlichen Rente alleine der Lebensstandard im Alter künftig nicht mehr gehalten werden kann. In Zukunft wird der erworbene Lebensstandard nur erhalten bleiben, wenn die finanziellen Spielräume des Alterseinkünftegesetzes und die staatliche Förderung der privaten Vorsorge genutzt werden, um eine private Vorsorge aufzubauen.«
Betrachten wir es einmal unver(blüm)t. Fakt ist demnach, dass die Renten dem

Grunde – insbesondere aber der Höhe nach – in erschreckendem Ausmaß unsicher sind, weil in Zukunft immer mehr alte von immer weniger jungen Menschen innerhalb unseres Sozialsystems unterstützt werden müssen. Der so genannte Generationenvertrag, die wahltaktische Umschreibung der Politik für das bestehende Umlageverfahren als Basis unseres Rentensystems, funktioniert immer weniger.

■ Innerhalb der Expertenrunde ist seit langem unbestritten, dass der Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme, insbesondere der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung, bereits begonnen hat. Ab dem

Jahre 2010 wird er mit seiner ganzen Wucht auf weite Bevölkerungsteile treffen – ob Singles, Paare mit oder ohne Kinder, gut oder schlechter verdienend, ob jünger oder älter. Werden einem heutigen Rentner noch rund 52 Prozent des Durchschnittsgehaltes nach Sozialabgaben und vor Steuern als Mindestrente garantiert, sollen es ab 2009 nur noch knapp 50 Prozent und ab 2019 noch etwa 46 Prozent sein – 2030 dann nur noch 43 Prozent.

■ Ein Durchschnittsverdiener, der 45 Jahre lang in die Rentenversicherung eingezahlt hat, kann demnach ab 2009 nur noch auf eine »Bruttostandardrente« von 1180 Euro hoffen. Im Rentenbericht 1995



waren es immerhin noch 1510 Euro. Die Masse der künftigen Rentner wird mit einer mageren Rente in einer Größenordnung von 300 bis 500 Euro im Monat auskommen müssen. Dass es dabei parallel einen steigenden Wohlstand für einen Teil der Bevölkerung geben kann, schmälert nicht die inhaltliche Brisanz.

Die demografische Entwicklung als faktische ›Zeitbombe‹

Die Fakten der künftigen Bevölkerungsentwicklung sind ebenso eindeutig wie alarmierend. Der demografische Wandel in Deutschland führt direkt zu einer progressiv sinkenden Bevölkerungszahl. Er wird sich ab 2020 massiv beschleunigen.

Im Jahre 2040 wird sich die Zahl der über 65-jährigen verdoppelt haben. Tatsache ist auch, dass diese Bevölkerungsentwicklung in Deutschland in einem kausalen Zusammenhang mit der brisanten Problematik der sozialen Sicherungssysteme steht. Denn die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur haben unmittelbare Auswirkungen auf die Steuereinnahmen. Und diese sind die Basis unserer Sozialsysteme.

Wenn heute schon weniger Kinder geboren werden, fehlen zukünftige Eltern, insbesondere Mütter. Jedes nicht geborene Mädchen bekommt eben keine Kinder. Das Problem potenziert sich. Deutschland wird überaltern. Und allein das wird sich schon verheerend auf die Steuersituation auswirken. Zudem werden öffentliche Einrichtungen wegen der ständig steigenden Personalkosten teurer, während die Nutzungsgebühren bei einem deutlichen Bevölkerungsschwund überproportional wachsen werden.

»Wollten wir den Altersquotienten des Jahres 2000, d. h. die Anzahl der Rentner, die auf 100 Erwerbstätige kommen, auch im Jahre 2050 aufrecht erhalten, müssten nach Berechnungen der UNO 180 Millionen Menschen nach Deutschland einwandern – eine unvorstellbare, eine nicht integrierbare Zahl.«

Renate Schmidt, Gesundheitsministerin

Die Pflegebedürftigkeit als Liquiditätsfalle im Alter

Die Pflegeversicherung ist ein Teil des durch die alternde Bevölkerung kollabierenden Sozialsystems und somit, neben der gesetzlichen Krankenversicherung, ein weiterer Sanierungsfall. Aufgrund der Altersentwicklung werden die Pflegekosten zwangsläufig ansteigen. Die Betroffenen selbst oder die Verwandten werden

Jahre bis zur Pflege	Pflegekostensteigerung p. a. (Euro)	
	4 %	6 %
10	1.924	2.328
20	2.848	4.169
30	4.216	7.466
40	6.241	13.371

die steigenden Pflegekosten aus eigener Tasche bezahlen müssen.

■ Allein die Fakten und Modellrechnungen sprechen eine deutliche Sprache:

Im Jahre 2050 fehlen nach demografischen Studien zwischen 14 und 17 Millionen Menschen in Deutschland. Gleichzeitig steigt die Zahl der Alten und Pflegebedürftigen. Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis. Also ist nach dem marktwirtschaftlichen Prinzip zu erwarten, dass die Pflegekosten weiter steigen werden, wenn sich die Nachfrage, sprich die Zahl der Pflegebedürftigen, ständig erhöht.

Heute dürfen Schwerpflegebedürftige für einen Heimplatz rund 1300 Euro monatlich aus der staatlichen Pflegeversicherung erwarten. In der Praxis werden jedoch – nach Standort und Ausstattung – 3000 Euro aufwärts verlangt und bezahlt. Der Teil der Kosten, den die Pflegeversicherung nicht trägt, zahlt der Betroffene aus eigener Tasche. Oder die Verwandten zahlen. Im schlimmsten Falle schaltet sich das Sozialamt ein, das sich die Kosten nach genauer Prüfung immer häufiger zurückholt.

■ Schneller als gedacht, ist ›Oma ihr klein Häuschen‹ in Gefahr. Dennoch unterschätzen oder ignorieren viele die Pflegekosten. Krank und pflegebedürftig werden nicht nur die anderen! Beispiele zur möglichen Entwicklung monatlicher Pflegekosten (Basiskosten 1300 Euro) sehen Sie in der Tabelle links. Die Zahlen sind alarmierend. Wer heute 35 Jahre alt ist und mit 75 pflegebedürftig werden sollte, muss bei einer voraus-

sichtlichen Steigerung der Pflegekosten von vier Prozent mit einer monatlichen Belastung von über 6000 Euro rechnen. Und das bei massiven Kürzungen der Rentenhöhe und den zu erwartenden Erhöhungen der Krankenkassenbeiträge mit

einschneidenden Leistungskürzungen, die den Pflegebedürftigen zusätzliches Geld kosten.

Überproportionale Gesundheitskosten bei wachsender Lebenserwartung führen zur deutlichen Minderung der tatsächlichen Rentenbezüge

Wer die Renteninformationen der Deutschen Rentenversicherung Bund oberflächlich liest und sich auf die angegebenen Zahlen zur Höhe des zukünftigen Altersruhegeldes verlässt, wird später Schwierigkeiten bekommen. Die Annahme, »im Alter brauch' ich nicht so viel Geld«, ist ein gefährlicher Trugschluss.

Im Vergleich zu dem verfügbaren Einkommen der 55 bis 65-jährigen Arbeitnehmer- und Angestelltenhaushalte benötigten Rentner im Jahre 1998 rund 58 Prozent dieses Einkommens zum Leben.

■ Nach aktuellen Schätzungen wird dieser Satz bereits im Jahre 2010 bei 63 Prozent liegen und bis 2020 auf rund 67 Prozent dieses Einkommens steigen. Bei Neurentnern wird er bis zu 75 Prozent

betragen. Gleichzeitig sinkt der Anteil, den die gesetzliche Rentenversicherung zur Altersvorsorge aufbringt bzw. überhaupt aufbringen kann. Auch wenn der Aufwand für Kleidung, Wohnung und Energie im Alter zurückgeht, werden die Ausgaben für Pflege, Gesundheit, Unterhalt und Freizeit enorm steigen. Medizinische und pflegerische Leistungen werden in den kommenden Jahren

und Jahrzehnten immer mehr benötigt. Der Wunsch des Einzelnen, möglichst gesunde Lebensjahre zu 'gewinnen' ist nachvollziehbar und legitim. Aber es kostet.

■ Die steigenden Gesundheitskosten werden die verfügbare Rente empfindlich schmälern. Hinzu kommt, dass durch die steigende Lebenserwartung mit

einem wachsenden Anteil älterer Menschen die Abgabenlast bei Erwerbstätigen theoretisch steigen müsste, was angesichts der bereits heute grenzwertigen Belastung unwahrscheinlich ist. Auch aus diesem Grund wird die verfügbare Rente sinken.

Während 1998 der ›Standard-Rentnerhaushalt‹ etwa 100 Euro monatlich für Gesundheits- und Pflegekosten ausgab, ▶

EXKURS

Tipps und Modellrechnungen aus der Praxis des Financial Plannings

GEHEN WIR DIE PROBLEME KONSTRUKTIV UND EIGENVERANTWORTLICH AN. Hierzu sollen nachfolgend einige wichtige Praxistipps gegeben und Modellrechnungen aufgestellt werden. Sie sollen thematisch sensibilisieren, einen ersten Überblick verschaffen und Denkanstöße auslösen. Eine erforderliche individuelle, strategische Finanzplanung können sie natürlich nicht ersetzen.

A. Definieren Sie Ihr persönliches Vorsorgeziel, in dem Sie sich folgende Fragen beantworten:

1. In welchem Jahr möchte ich aufhören zu arbeiten?
2. Wie hoch sollte bzw. muss dann meine persönliche Zusatzversorgung sein, um als Rentner oder Pensionär den heutigen Lebensstandard halten zu können? Achten Sie auf die Inflation! Beispiel: 2.000 Euro Zusatzrente entsprechen in 15 Jahren bei einer Inflationsrate von 3 Prozent nur noch rund 1.300 Euro.
3. Wie viele Jahre benötige ich diese Zusatzeinnahme? Möchte ich eine ewige Rente?

B. Ermitteln Sie zunächst die Höhe des Vermögens, das Ihnen bei Auszahlung zur Verfügung stehen muss. Denken sie bitte an den zu erwartenden Kaufkraftverlust.

Gehen Sie dabei zunächst von einem so genannten Kapitalverzehr aus. Das bedeutet, dass am Ende der angenommenen Laufzeit das angesparte Vermögen aufgebraucht ist.

Hierzu einige Beispiele bei einer Nominalverzinsung von 6,5 Prozent.

Ihre monatliche Zusatzrente in Euro	Nötiges Kapitalvermögen bei Kapitalverzehr in Jahren (Euro)		
	10 Jahren	15 Jahren	25 Jahren
500	44.637	58.383	75.739
1.000	89.274	116.766	151.478
2.000	178.548	233.532	302.957
3.000	267.822	350.299	454.436

Wollen Sie eine ewige Rente und nur von den Zinserträgen des angesammelten Kapitals leben, ohne den Kapitalstock anzugreifen, erhöht sich das benötigte Auszahlungsvolumen deutlich. Auch hierzu Modellrechnungen bei einer angenommenen Kapitalverzinsung von 6,5 Prozent:

Ihre monatliche Zusatzrente in Euro	Benötigtes Kapital für eine ewige Rente (Euro)
500	92.307
1.000	184.615
2.000	369.230
3.000	553.846

C. Berechnen Sie die erforderliche Höhe Ihrer individuellen Ansparrate, um Ihre Zusatzversorgung im Alter abdecken zu können.

Hier einige Rechenbeispiele bei einer Nominalverzinsung von 6,5 Prozent:

Notwendiges Vermögen für die Auszahlung	Ansparrate bei Ansparjahren		
	10 Jahre	15 Jahre	25 Jahre
50.000	298	166	68
150.000	895	499	205
250.000	1.491	832	342
350.000	2.088	1.165	479
450.000	2.685	1.499	615
550.000	3.282	1.831	752

wird aktuellen Schätzungen zufolge der durchschnittliche Rentner im Jahre 2010 knapp 600 Euro im Monat für Gesundheits- und Pflegekosten aufwenden müssen. Im Jahre 2020 gehen die Schätzungen bereits von etwa 740 Euro aus.

Quelle: Lebensstandard im Alter, Hrsg. Deutsches Institut für Altersvorsorge

Die amtlichen Renteninformationen als Schönfärberei – Nullrunden über Jahrzehnte

Angesichts sicherer Altersprognosen wird allen bewusst, dass die Zeiten von Rentensteigerungen vorbei sind. Aber selbst Nullrunden sind noch fraglich. Dennoch verschickt die Deutsche Rentenversicherung nach wie vor täglich Tausende von Briefen an ihre Kunden, in denen steht, wie viel sie im Rentenstand einmal erwarten dürfen.

■ Ab 2004 kündigte die damalige Bundesversicherungsanstalt in Berlin an, dass die Renteninformationen ab sofort mit geänderten Dynamisierungswerten von 1,5 und 2 Prozent versandt würden. Nicht üppig, wird mancher Leser der Renteninformation denken. Heute wissen aber alle Beteiligten, dass auch diese Werte reine Fiktion sind und letztlich nur als ›Beruhigungspille‹ für das Volk dient. Die Behörde verschweigt, dass von Erhöhung nicht die Rede sein kann, denn Reallohne stagnieren und von denen leitet sich letztlich die Rente ab.

Alle Rentner sollten sich darüber im Klaren sein, dass es im günstigsten Fall über Jahrzehnte zu Nullrunden kommen wird. Doch nicht genug. Das Rentensystem beruht auf dem Umlageverfahren: Aktive zahlen für die Ruheständler.

■ Somit ist klar, dass die Rentenhöhe ganz wesentlich von der Zahl und dem Einkommen derer abhängt, die Beiträge an die Kasse zahlen. Sinkt deren aktuelle Zahl, müsste logischerweise auch die Rentenhöhe sinken. Von Gesetzes wegen aber dürfen die Renten nominell nicht gekürzt werden. Um diesem Dilemma zu entkommen, werden die Beiträge von

19,5 auf 19,9 Prozent des Bruttoeinkommens erhöht.

Der heutige 80-Milliarden-Euro-Zuschuss für den Rententopf wird wegen der äußerer schwierigen Rahmenbedingung zukünftig nicht oder nur unzureichend erhöht werden können. Bleibt also nur noch, die Renten faktisch zu kürzen, in dem sie erst ab dem 67. Lebensjahr gezahlt werden. Das Ergebnis kennen wir. Die Lücke zwischen tatsächlichem und gesetzlich gewolltem Renteneintrittsalter wächst.

■ Der Durchschnittsrentner bezieht bereits mit statistischen 60,9 Jahren das Ruhegeld, obwohl es ihm erst mit 65 Jahre zusteht. Das heißt, er nimmt eine Rentenkürzung von circa 15 Prozent hin. Bei einer Standardrente von heute 1180 Euro bedeutet dies eine reale Kürzung des Rentenbetrages von fast 180 Euro im Monat. Ab 2007 sind es gut 250 Euro monatlich, die die Rentner aus eigener Tasche zahlen müssen.

Aber auch diese Maßnahmen werden langfristig nicht ausreichen, um das derzeitige Rentensystem zu stabilisieren. Parallel müssen Paare animiert werden, mehr Kinder als Beitragszahler in die Welt zu setzen und sie auch so auszubilden, dass sie mit ihrem Arbeitseinkommen die Alten bezahlen können. Heute ist Deutschland allerdings Schlusslicht bei der Geburtenrate.

Im Ergebnis werden den Versicherten Beiträge von Gesetzes wegen abgenommen, die sie später im Alter, wenn sie sie zwingend benötigen, nicht einmal in voller Höhe zurück erwarten können. Von einer angemessenen Verzinsung ganz zu schweigen.

Individuelle ganzheitliche Finanzplanung als wesentlicher Baustein gegen die Altersarmutsfalle

Noch nie war die Gefahr einer flächendeckenden Armut im Alter für die breite Masse der Bevölkerung so nah. Vielen wird ein Leben in Armut im dritten Lebensabschnitt bevorstehen, wenn sie ihre Hände in den Schoß legen. Wir sind

deshalb aufgefordert, in Sachen Altersvorsorge die Zügel eigenverantwortlich in die Hand zu nehmen. Beginnen Sie sofort, Ihre Versorgungslücke zu schließen, indem Sie ihr Vermögen systematisch über eine professionelle Strategie aufbauen. Denn hier gilt nur eine Formel: Zeit x Geld!

Das Alter kann lang und arm werden – zumindest für den, der nicht privat vorsorgt

Das Ammenmärchen Norbert Blüms von der sicheren Rente hat sich entlarvt. Selbstberuhigende Annahmen wie ›mich wird es schon nicht treffen‹ oder ›der Staat wird mich nicht im Stich lassen‹ sind selbstbetrügerische Vorstellungen, die das realistische Schreckenszenario sträflich verdrängen.

Wer noch eine oder mehrere Jahrzehnte in Lohn und Brot steht und noch nicht vorgesorgt hat oder sich bisher verweigert, kann im Alter ein böses Erwachen erleben. Es ist das Schreckgespenst der Altersarmut, das in Deutschland in den nächsten Jahren zu einem ungebetenen Dauergast werden könnte.

Sollte es zu keinem ›neuen‹ Wirtschaftswunder kommen – und das ist angesichts der Globalisierung mit vernetzten und damit großteils abhängigen Wirtschaftsmärkten wohl kaum zu erwarten – kann die dringende Empfehlung nur lauten, die finanzielle Verantwortung eigenverantwortlich zu übernehmen.

■ Nutzen Sie die verbleibende Zeit für die private Vorsorge und die Möglichkeiten einer ganzheitlichen und unabhängigen Finanzplanung. Denn es gilt auch hier die Aussage: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. ■



Dipl.-Finanzwirt
GERHARD RODE
Finanzplaner